

**Antrag**  
der Fraktion der FDP

**betr. Schutz der Berliner Bevölkerung.**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag protestiert aufs schärfste dagegen, daß am Dienstag, dem 8. Juli 1952, auf Westberliner Gebiet erneut ein Mitarbeiter einer Westberliner Organisation, die sich die Bekämpfung des Unrechts in der sowjetischen Besatzungszone zum Ziel gesetzt hat, von Beauftragten des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes überfallen, in ein Auto gezwängt und in die sowjetische Besatzungszone verschleppt wurde.

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für eine sofortige Freilassung der Verschleppten einzusetzen und unverzüglich an die drei Westmächte als die für Westberlin zuständigen Besatzungsmächte heranzutreten, damit sofort besondere Schutzmaßnahmen für alle in Westberlin wohnenden und durch ihre Stellung im öffentlichen Leben besonders gefährdeten Personen veranlaßt und alle geeigneten sonstigen Maßnahmen getroffen werden, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

Bonn, den 8. Juli 1952

**Dr. Henn**  
**Dr. Will**  
**Frau Dr. Mulert**  
**Hübner**  
**Dr. Reif**  
**Dr. Schäfer und Fraktion**